

Medienmitteilung

9. Januar 2017

Verband Aargauischer Schulleiterinnen- und Schulleiter VSLAG,
Verband Aargauer Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten VASP und
Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband alv

NEIN zur schädlichen Bildungsinitiative

Die drei Bildungsverbände lehnen die Initiative „Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21“ ab. Der Titel ist irreführend, denn wir stimmen nicht über den Lehrplan 21 ab, sondern ausschliesslich über eine Änderung des §13 im Schulgesetz.

Ausgangslage

Die Lehrplangrundlage der 21 Deutschschweizer Kantone (Lehrplan 21) dient als Basis für die Kantone, ihre jeweiligen Lehrpläne den Harmonisierungsanforderungen, die in der Bundesverfassung definiert sind, anzupassen. Die Kantone haben dabei einen grossen Gestaltungsspielraum. Der Kanton Aargau wird einen eigenen neuen Lehrplan auf der Basis der Vorlage erarbeiten und dabei wichtige Anliegen der Bildungsverantwortlichen aufnehmen können.

Der Kanton Aargau braucht einen neuen Lehrplan, der den Anforderungen der heutigen Gesellschaft und den Herausforderungen der Wirtschaft Rechnung trägt. Was mitunter auch der Aargauische und Schweizerische Gewerbeverband sowie die Swissmem veranlasst ein Nein zur Initiative zu empfehlen. Die Initiative behindert diese wichtigen Entwicklungen und gefährdet damit den Schulstandort Aargau.

NEIN zur Beschränkung des Fächerangebots

Mit den im §13 des Schulgesetzes geforderten Änderungen wird das Fächerangebot abschliessend definiert. Dadurch fallen nicht nur heutige Fächer aus dem Angebot heraus, wie beispielsweise Wahl- und Freifächer, nein, es können wichtige neue Fächer wie Berufsorientierung, Technik oder Medien nicht aufgenommen werden.

Bei Anpassungen der Stundentafel müsste neu jeweils ein langer und teurer Gesetzesänderungsprozess initiiert werden.

NEIN zur Beschränkung des Handlungsspielraums der Schulen vor Ort

Die Initiative will, dass im Lehrplan Jahrgangsziele festgelegt werden. Lehrerinnen und Lehrer würden dadurch in ihrem Spielraum stark eingeschränkt. Bereits im aktuell geltenden Lehrplan gibt es weniger fix definierte Jahresziele, was nicht bedeutet, dass Lehrpersonen nicht solche für ihren Unterricht definieren können. Es ist aber für die Schülerinnen und Schüler entscheidend, dass sie - unabhängig ihres Jahrgangs - ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Solch einschränkende Massnahmen hätten zudem teure Anpassungen bei den Lehrmitteln zur Folge, die Kanton und Gemeinden zu berappen hätten.

NEIN zu einem bildungspolitischen Sololauf

Widersetzt sich der Kanton Aargau der von mehr als 85 Prozent des Schweizer Stimmvolkes geforderten Harmonisierung der Bildung, dann benachteiligt er die Aargauer Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern und die Lehrpersonen. Die Mobilität würde weiter eingeschränkt. Die Jugendlichen hätten beim Übergang in die weiterführende Ausbildung Nachteile, da ihnen das beschränkte Fächerangebot einen gleichwertigen Abschluss verunmöglicht. Zudem wird sich der Mangel an Lehrpersonen weiter verschärfen, da für die Aus- und Weiterbildung jener Lehrperson, die im Aargau unterrichten wollen, kostenintensive Spezialangebote erstellt werden müssten.

Die drei Verbände sehen sich in der Pflicht, sachbezogen und umfassend über die negativen Konsequenzen, die eine Annahme der Initiative zur Folge hätten, zu informieren. Demokratisch verantwortungsvoll handeln kann nur, wer möglichst alle Fakten kennt und auf deren Basis entscheidet. Wir verwehren uns gegen die Anschuldigungen des Initiativkomitees, Falschaussagen zu postulieren und einseitige und tendenziöse Propaganda zu verbreiten. Sowohl die vom Volk gewählten Schulpflegen wie auch die Schulleitungen haben eine grosse Verantwortung den Schülerinnen und Schülern wie auch den Lehrpersonen gegenüber. Sie sind verpflichtet, zum Wohl der Betroffenen zukunftsgerichtete Rahmenbedingungen zu schaffen, um erfolgreiche Bildung zu ermöglichen.

Die drei Bildungsverbände bitten daher die Aargauer Stimmbevölkerung am 12. Februar 2017 sich vom irreführenden Titel der Initiative „Ja zu einer gute Bildung - nein zum Lehrplan 21“ nicht täuschen zu lassen und ein Nein in die Urne zu legen. Die Aargauer Schulen bedanken sich dafür.

Gemeinsam für eine starke Bildung Aargau!



Beat Petermann
Co-Präsident VSLAG
079 202 43 07



Franco Corsiglia
Präsident VASP
079 416 95 65



Elisabeth Abbassi
Präsidentin alv
079 374 43 37